



Schweizer Bauer  
3001 Bern  
031/ 330 95 33  
www.schweizerbauer.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 30'480  
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 5  
Fläche: 59'248 mm<sup>2</sup>

## **BUDGET 2017: Der Nationalrat lehnte die Kompromissvorschläge der Einigungskonferenz klar ab** **Ein Finale nach bürgerlichem Gusto**



Das Budget 2017 ist grossmehrheitlich im Sinn der Bauern unter Dach und Fach, (Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern)

*Weil sich National- und Ständerat bei einigen Ausgabenposten nicht einigten, ging es in die Einigungskonferenz. Hier setzte sich die bürgerliche Mehrheit durch. Gespart wird zusätzlich im Asyl- und Verwaltungsbereich.*

**RAPHAEL BÜHLMANN**

Zum letzten Mal beugte sich das nationale Parlament am Donnerstag über das Budget 2017. Letzten Endes stemmte sich da-

bei eine bürgerliche Mehrheit erfolgreich gegen die Kompromissvorschläge der Einigungskonferenz. Dies zum Leidwesen der Ratslinken, bei der sich – nicht zuletzt wegen anhaltender Erfolge der Bauern – ein gewisser Überdruß einstellte. So erklärte etwa Nationalrat Philipp Hadorn (SP, SO): «Wenn jetzt Vertreter der Bauern gegen den Kompromiss stimmen, werden in Zukunft die Fronten wohl noch verhärteter.» Der Appell Hadorns verhallte allerdings ungehört. Die grosse Kammer lehnte die Kompromissvor-

schläge der Einigungskonferenz mit 105 zu 84 Stimmen bei 5 Enthaltungen klar ab.

### **Kompromiss chancenlos**

Nicht zufällig wandte sich Hadorn direkt an die Bauernvertreter im Nationalrat. Ist doch der Ständerat just einen Tag vorher bei den Exportsubventionen umgeschwenkt und hat die Mittel um 26,7 Millionen Franken aufgestockt (vgl. Kasten rechts). Bereits vorher klar war, dass auch die Direktzahlungen gegenüber dem Vorschlag der Regierung um 61,9 Millionen Franken erhöht wer-



Schweizer Bauer  
3001 Bern  
031/ 330 95 33  
www.schweizerbauer.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 30'480  
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 5  
Fläche: 59'248 mm<sup>2</sup>

den. Einzig bei der Qualitäts- und Absatzförderung lehnte das Parlament eine Aufstockung um 2,5 Millionen Franken ab.

Dass der Kompromiss am Donnerstag keine Chance hatte, war schliesslich das Resultat eines finanzpolitischen Schlichterschlusses zwischen SVP, FDP und BDP. Damit kommt es zu Querschnittkürzungen bei der Bundesverwaltung: Sie muss im nächsten Jahr 128 Millionen Franken einsparen. «Die Kürzungen sind verantwortbar», sagte etwa Nationalrat Albert Vitali (FDP, LU) am Donnerstag. Der Schwyzer CVP-Finanzpolitiker Alois Gmür setzte sich dagegen für den Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz ein. Dieser sah vor, auf die Hälfte der Sparmassnahmen beim Bundespersonal und bei den externen Dienstleistern zu verzichten.

### 370 Stellen gestrichen

Finanzminister Ueli Maurer

wehrte sich nicht grundsätzlich gegen diese Kürzungen. «Sie schiessen aber nicht gezielt, sondern mit einer Schrotflinte, sodass zufällig irgendjemand getroffen wird.» Laut Maurer bedeutet der Parlamentsentscheid, dass beim Bundespersonal kurzfristig 370 Stellen gestrichen werden.

Die grösste Kürzung gegenüber dem Bundesratsentwurf nahm das Parlament aber beim Staatssekretariat für Migration vor. Die Asylausgaben sinken um 344 Millionen Franken, wovon 294 Millionen Franken zu Lasten der Sozialhilfe von Asylsuchenden gehen. 50 Millionen werden bei den Betriebsausgaben der Empfangs- und Verfahrenszentren gekürzt.

Unter dem Strich einigten sich die Räte bei Einnahmen von insgesamt 68,418 Milliarden auf Ausgaben von 68,668 Milliarden Franken mit einem Defizit von 250 Millionen Franken, was gemäss dem Finanzminister mit der Schuldenbremse

konform sei. Bundesrat Maurer machte zudem bereits im Hinblick auf die Budgetdebatten der kommenden Jahre deutlich, dass es mit den Aufstockungen von einzelnen Posten ein Ende haben müsse. «Das ist in den nächsten Jahren nicht mehr zu verkraften.»

### SCHOGGIGESETZ

Auf den letzten Drücker sagte der Ständerat doch noch Ja zu einer Erhöhung der Exportbeiträge von 26,7 Mio. Fr. Vergleicht man Zweit- und Drittberatung, haben vor allem FDP-Kantonsvertreter ihre Meinung geändert. Sie taten dies vermutlich, um die 128-Mio.-Kürzung beim Bundespersonal zu sichern. Sonst hätte wie letztes Jahr eine Situation entstehen können, in der bürgerliche Nationalräte aus SVP und FDP gegen die Kürzung beim Personal stimmen müssen, um die zusätzlichen Schoggigelder zu retten. *rab*